Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk. Wochennummer 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonntagsnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 52301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Sprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Tabellen, bei Ankündigungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Gewährung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert in Frankenberg

№ 37 — Montag den 13. Februar 1928 nachmittags — 87. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag zu seiner sechsten Tagung zusammen. In einer Entschließung billigt der Ausschuß die Haltung der Reichstagsfraktion.

Auf einem Bankett in Straßburg hielt Poincaré am Sonntag, wie angekündigt, eine große Rede. Poincaré erging sich erneut in Verleumdungen Deutschlands.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen die Verordnung über die zwangsweise Enteignung deutschen Grundbesitzes in den ehemals preußischen Teilgebieten in Kraft treten zu lassen.

Der Reichselternrat fordert dringend eine Einigung in der Frage des Reichsschulgesetzes.

Nach einer offiziellen amerikanischen Erklärung beabsichtigt Amerika mit Deutschland einen Schiedsvertrag nach dem Muster des amerikanisch-französischen Vertrages abzuschließen.

Aus Mittel- und Süddeutschland sowie von der Nordsee aus England und Holland werden schwere Sturmschäden gemeldet.

Auf dem Finnischen Meerbusen sind 900 Fischer mit 300 Pferden auf Eisschollen abgetrieben worden.

Im Auswärtigen Amt fand die Eröffnungssitzung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen statt.

Bei einem schweren Grubenunglück in der Ukraine sind zwölf Personen, darunter drei Reichsdeutsche ums Leben gekommen.

Staat und Ehe

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 13. Februar.

Im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt trägt man sich mit kühnen Plänen. Dieses Ministerium hat bekanntlich den Anstoß zur Einrichtung der Eheberatungsstellen gegeben, die jetzt in Preußen schon die Zahl 100 überschritten haben, und mit denen man fast durchweg nur die allerbesten Erfahrungen gemacht hat, so daß bereits von anderen deutschen Ländern wie auch vom Ausland Anfragen nach der Arbeit dieser Institute eingegangen sind. Nun will man einen Schritt weiter gehen. Das Ziel, auf das Mediziner und Nationalökonomen im ganzen Reiche seit geraumer Zeit hinarbeiten, ist bekanntlich eine Aenderung unserer Gesetzgebung dahin, daß kein Standesbeamter eine Trauung vornehmen darf, wenn ihm nicht von beiden Verlobten ein Gesundheitsattest eingereicht worden ist. Alle Bemühungen, ein derartiges Gesetz durchzubringen, sind aber bisher an gewissen Widerständen gescheitert, so daß man sich notgedrungen zunächst damit begnügen will, die Untersuchung durch eine dieser Eheberatungsstellen obligatorisch zu machen. Die betreffende Bestimmung soll also so formuliert werden, daß die beiden Verlobten vor der Trauung miteinander Gesundheitszeugnisse austauschen müssen.

Wohlverstanden: Es ist zunächst gleichgültig, was in diesen Gesundheitszeugnissen steht. Sollte also der Bräutigam krank sein und dieses in dem Attest zum Ausdruck kommen, die Braut aber trotzdem bereit sein, mit ihm eine Ehe einzugehen, so müßte der Standesbeamte die Trauung vornehmen. Das Gesetz soll also nur bezwecken, daß die beiden Verlobten über einander Bescheid wissen und ihre Entscheidung auf Grund genauer Kenntnis des wirklichen Gesundheitszustandes ihres Partners fällen.

Uebrigens bietet ja auch das bereits angenommene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in dieser Hinsicht gewisse Sicherheit und kann so als Ergänzung wirken. Dieses Gesetz stellt nämlich jeden unter Strafe, der wissentlich eine venerische Krankheit überträgt. Da das Ehezeugnis selbstverständlich jeden über das Vorhandensein einer solchen Krankheit belehrt, würde also beispielsweise ein Luetiker, der heiraten würde, den Strafbestimmungen dieses Gesetzes verfallen sein.

Es bedarf wohl keiner näheren Ausführung, daß nicht nur im Interesse des Nachwuchses, sondern auch mit Berücksichtigung unserer Generation ein solches Gesetz nur zu begrüßen wäre. Sollten die Eheschließungen, wie befürchtet wird, dadurch wirklich zurückgehen, so spricht auch das nicht im Geringsten gegen eine derartige Verschärfung des Personenstandgesetzes. Die Ehen, die daraufhin unterbleiben, wären doch unglücklich geworden, und die Kinder, die aus ihnen hervorgegangen wären, hätten den Keim der Krankheit in sich getragen, wären niemals glückliche Menschen geworden, sondern dem Staat, also der Allgemeinheit, zur Last gefallen. Jedes Gesetz, das das verhindert, soll uns willkommen sein.

Poincaré spricht in Straßburg

Unglaubliche Verdrehungen und Anwürfe gegen Deutschland

Paris, 12. 2. Auf dem Bankett der elsässischen Bürgermeister in der Straßburger Orangerie, an dem 560 Bürgermeister, die Senatoren, Deputierte und die elsässischen höheren Beamten teilnahmen, hielt Poincaré eine längere Rede in der er sich mit der Geschichte des Elsaß und seiner Zugehörigkeit zu Frankreich und der Autonomie-Bewegung beschäftigte. Poincaré scheute sich dabei nicht, wieder einmal die These von dem

„Raub" Elsaß-Lothringens im Jahre 1871

durch Deutschland aufzustellen und trotzdem bezüglich des Kriegsausbruches seine Hände in Unschuld zu waschen. Einleitend sprach Poincaré über die Liebe des Elsaß zu dem souveränen und ungeteilten Frankreich, einer Liebe, die durch Umtriebe einiger Uebeltäter und durch die Handlungen einiger Irregeleiteter verletzt worden sei. Wenn in der nächsten Schwurgerichtstagung, so erklärte Poincaré, die öffentlichen Verhandlungen stattfinden, werden die traurigen Persönlichkeiten, von denen einige die Klugheit hatten, die Grenze zu überschreiten, entlarvt werden. Das Elsaß wird nicht zulassen, daß verdächtige Agenten und Winkelmakler von Zeitungen, die von ausländischer Quelle gespeist werden, unter dem Vorwande der Forderung größerer Freiheit mit ausländischen Organisationen Fühlung nehmen und

unter dem Deckmantel der Autonomie die Neutralität des Elsaß und eine neue Amputation Frankreichs vorbereiten.

Zur föderalistischen Frage und zu dem Sprachenproblem übergehend, fuhr Poincaré fort: Diejenigen Elsässer, die seit ihrer Geburt die Gewohnheit haben, Dialekt oder deutsch zu sprechen und denen ihr Alter oder ihre Beschäftigung nicht die Möglichkeit gegeben habe, französisch zu lernen, sind darum nicht weniger gute Franzosen. Ebensowenig wie wir die Ungeschicklichkeit hätten, in Belgien, in der Schweiz oder in Kanada zu intervenieren und den Völkerbund zu bitten, dort die französische Kultur oder die französischen Traditionen zu schützen, ebensowenig werden wir dulden, daß sich ausländische Einflüsse in die Verwaltung unserer inneren Angelegenheiten einmischen und daß im Schoße des Elsaß eine elende Rotte von Abenteurern und Intriganten (!) im Verborgenen die Verstümmelung Frankreichs vorbereitet. Das Elsaß hat sich schon wiederholt über sein Schicksal ausgesprochen und sein Spruch ist für die Zukunft unwiderruflich. Seit langem hat es im vollen Bewußtsein der Sache die berühmten Worte ratifiziert:

Germani trans Rhenum incolunt

(Der Germanen wohnen jenseits des Rheins). Poincaré gab dann einen geschichtlichen Rückblick, durch den er den Beweis dafür zu erbringen suchte, das Elsaß sei stets ein Teil Frankreichs gewesen. Wir wissen, daß es während der Zeit von 1871 bis 1914 auf der anderen Seite der uns aufgezwungenen künstlichen (!) Grenze 100 000 von Franzosen gab, die untröstlich darüber waren, von ihren Brüdern getrennt zu sein. Wir hätten ihnen gerne bewiesen, daß wir sie nicht vergessen haben, aber wir standen vor einer schrecklichen Gewissensfrage. Wir kannten zu gut die Schrecken des Krieges, um nicht einen neuen zu fürchten, und aus Furcht den Frieden zu stören, wachten wir streng über die geringsten unserer Handlungen, Gesten und Worte. Wir waren zur Vermeidung eines Konfliktes bereit alles zu tun, was mit der Würde Frankreichs vereinbar war. Ohne daß wir je eine Revanche-Idee (?) hatten, sind wir so vor der Sphinx des Schicksals unbeweglich und ängstlich (?) gewesen, bis zu dem Tage, an dem die von Stolz trunkenen kaiserlichen Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über ihren Völkern und über den unsrigen die Katastrophe entfesselten, die wir bis zur letzten Stunde zu beschwören suchten (!!). An diesem Tage haben wir unsere Freiheit wieder zurückgewonnen und uns geschworen, die Waffen nicht niederzulegen, bevor die Befreiung des Elsaß und Lothringens gesichert wäre." Zum Schluß ging Poincaré auf die bevorstehenden Kammerwahlen ein, für die im Elsaß nur „Franzosen ohne Vorbehalte, ohne Bedingungen und Hintergedanken" aufgestellt werden dürften, und endete mit den Worten: „Ich baue auf das leidenschaftlich und unüberwindlich französische Elsaß!"

Die Pariser Presse zur Poincaré-Rede

Paris, 13. 2. (Funkspruch.) Die Straßburger Rede Poincarés wird bereits von einem Teil der heutigen Morgenpresse kommentiert. Die radikal-sozialistische „Volonté" schreibt u. a.: Die Rede zeichnete sich durch eine außerordentliche Heftigkeit des Wortes aus. Man merkt aus ihr, was der vorherrschende Gedanke des Mannes war, der im Jahre 1914 Präsident der Republik und im Jahre 1923 Ministerpräsident war, nämlich die nahezu wilde Wut, Elsaß-Lothringen wieder zu Frankreich zurückkommen zu sehen und der Wille, unserem Lande die Rheingrenze zu sichern. Poincaré versichert zwar, daß er niemals einen Revanchegedanken gehabt habe. Er gesteht ein, daß er vor der Sphinx des Schicksals unbeweglich und unbeengt bliebe, bis zu dem Tage, wo die kaiserlichen Regierungen Deutschlands und Oesterreichs die Katastrophe entfesselten. Diesmal habe Poincaré sich bemüht, zwischen den schuldigen Regierungen und Völkern zu unterscheiden. Das „Echo de Paris" spielt auf die Bemerkung Poincarés von der Unschicklichkeit einer Völkerbundsintervention an und schreibt: So werden die geheimen Manöver gewisser deutscher Parteien gleichzeitig enthüllt und ungefährlich gemacht. Der „Gaulois" vermißt in der Rede Poincarés die klare und präzise Formel einer Ostmarkenpolitik.

Die Kommunistendemonstrationen gegen Poincaré

Paris, 13. 2. (Funkspruch.) Wie die Presse zu den kommunistischen Demonstrationen in Straßburg meldet, wurden der Deputierte Hueber, der beim Eintreffen Poincarés auf dem Bahnhofsplatz „Nieder mit Poincaré" rief und seine Freunde, die Poincaré auspfiffen, von der Menge mißhandelt und mußten von der Polizei bis zum Gewerkschaftshaus begleitet werden. Als eine Musikabteilung vorbeizog, wurde sie von der Menge angehalten und gezwungen, die „Marseillaise" und „Ihr sollt Elsaß-Lothringen nicht haben", zu spielen.

Paris, 13. 2. (Funkspruch.) Ueber die kommunistischen Demonstrationen in Straßburg aus Anlaß des Besuches des französischen Ministerpräsidenten berichtet die „Humanité", daß die elsässischen Rekruten des 158. Infanterieregiments und der Hagenauer Jäger beurlaubt und durch Metzer Infanterie und Gendarmerie-Brigaden ersetzt worden sind. Den von Schiltigheim und Neudorf nach Straßburg marschierenden Kommunisten wurden die Zugänge zum Zentrum und zum Bahnhofe durch Gendarmerie- und Kavallerie-Ketten gesperrt. Nur einige hundert Parteianhänger konnten nach Straßburg selbst vordringen, während die anderen die Internationale sangen. Der Verbandssekretär der Kommunistischen Partei wurde vom Ordnungsdienst festgenommen, als er im Hinblick auf das Polizeiaufgebot die Bemerkung fallen ließ: „All das ist für Poincaré."

Als gegen 4 Uhr der Festzug den Bahnhof erreichte, riefen die Kommunisten: „Nieder mit Poincaré! Es leben die Sowjets!" Bis in die späten Abendstunden kam es noch zu Reibereien. Zahlreiche Kommunisten wurden verhaftet.

Deutsche Volkspartei und Schulgesetz

Neue Forderungen?

Berlin, 12. 2. Der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag im Preußischen Landtag zu seiner sechsten Tagung zusammen. Die Versammlung war aus allen Teilen des Reiches stark besucht. Den Vorsitz führte Landtagsabgeordneter Hollmann. Den Hauptvortrag hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Runkel über den „Stand des Reichsschulgesetzes nach der ersten Ausschußlesung". Er wies darauf hin, daß die Haltung der Deutschen Volkspartei von drei sachlichen Gesichtspunkten bestimmt wurde:

Ablehnung einer Verweltlichung des Volksschulwesens,

Ablehnung einer Verkirchlichung des Volksschulwesens, und endlich

Sicherung der Schulhoheit des Staates.

Der Entwurf hätte zu Bedenken dieser Art reichlich Anlaß gegeben. Der Redner betonte, daß bei einer Schlußabstimmung die Deutsche Volkspartei auch die jetzt vorliegende Fassung des Entwurfes ablehnen müsse, da eine Reihe berechtigter Forderungen noch nicht berücksichtigt sei.

Die DVP. habe daher für die zweite Lesung noch Forderungen zu erheben, von deren Berücksichtigung oder Ablehnung ihre endgültige Stellungnahme bestimmt werde. Ausgeschlossen sei die Annahme, über die jetzige Fassung hinaus auf Kosten ihrer liberalen Grundsätze weitere Konzessionen an Zentrum und Deutschnationale zu machen. An diesen, so erklärte er, dürfte es sein, mit Zugeständnissen an die Deutsche Volkspartei heranzutreten. Graduelle Unterschiede seien aber durch ein Kompromiß auszugleichen, nicht aber grundsätzlich, auch nicht durch Rücksicht auf Koalitions- und Regierungskrise, ohne daß eine Partei sich selbst aufgäbe. Das sei bestimmend für die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Als erster Diskussionsredner nahm sodann der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Scholz, das Wort, um festzustellen, daß die Fraktion mit Dr. Runkel in allen Punkten vollkommen einig sei. Er überbrachte die Grüße des Parteiführers Dr. Stresemann. Bei dem Schulgesetz, so führte er dann aus, handele es sich jetzt um die Frage der Koalition und unter Umständen um die Frage der Reichstagsauflösung.

Nie und nimmer könne man behaupten, daß etwa der Kampf der Volkspartei für die Simultanschule den Richtlinien irgendwie widerstreite. Die Richtlinien könnten auf jeden Fall so ausgelegt werden, daß die Partei bei ihrer bisherigen Tätigkeit sie auch nur irgendwie verletzt habe und daraus die Konsequenz der Zurückziehung ihrer Minister ziehen müßte.

Der Brief des Reichspräsidenten könne nach seinem ganzen Wortlaut nur so aufgefaßt werden, daß zwar zunächst versucht werden müsse, über das Schulgesetz eine Einigung zustande zu bringen, daß aber auch für den Fall des Scheiterns dieses Gesetzes der Reichspräsident das Zusammenbleiben der Koalition befürworte. Deshalb habe sich die Fraktion auf diesen von Staatspolitischen Interessen diktierten Standpunkt gestellt.

Folgende

Entschließung

wurde angenommen:

„Der Reichsschulausschuß billigt die Haltung der Reichstagsfraktion. Er erkennt an, daß sie nach Kräften bemüht gewesen ist, ein den christlichen, nationalen und liberalen Schul- und Kulturforderungen entsprechendes Schulgesetz zustandezubringen. Er spricht ihr und insbesondere ihren Vertretern im Bildungsausschuß den Dank für ihre Tätigkeit aus und erwartet, daß sie in ihrer weiteren Mitarbeit wie bisher für die großen Schul- und Kulturideale der Deutschen Volkspartei eintreten wird."

Eine wichtige Völkerbundsfrage

Der bulgarische Ministerpräsident über das Investigationsverfahren des Völkerbundes.

Sofia, 13. 2. (Funkspruch.) Der bulgarische Ministerpräsident Liaptscheff äußerte sich gegenüber dem Sofioter Vertreter der TU. über die Frage der Völkerbundsinvestigation in Bulgarien. Die Ausführungen des bulgarischen Ministerpräsidenten sind umso bemerkenswerter, als bekanntlich in letzter Zeit von französischer Seite versucht worden ist, die Frage der Wirksamkeit des Investigationsverfahrens mit der Frage der Rheinlandräumung zu verkoppeln und zwar in der Weise, daß die deutsche Haltung gegenüber dem Schritt der Kleinen Entente in Sachen der St. Gotthard-Affäre als Deutschlands Stellungnahme zu dem Investigationsverfahren des Völkerbundes überhaupt präjudiziert werden soll. Dabei ließ man französischerseits den Wunsch durchblicken, die Investigationsver-